

## Zum Aufruf „Stoppt das Töten in der Ukraine – Für Waffenstillstand und Verhandlungen“

Es gab attac-intern eine kurze Debatte über die Zuständigkeit, die sich aber erübrigt, weil es da eine eindeutige Regelung gibt: Der Koordinierungskreis ist für Bündnisverhandlungen zuständig, wenn da am Ende Attac D drunterstehen soll. Sollte nur die AG Globalisierung und Krieg drunter, könnte selbstverständlich auch die verhandeln. Attac hatte sich mehrfach zum Krieg in der Ukraine geäußert, zuletzt am 22.7.2022 mit einem Beschluss des Rates

[https://www.attac.de/fileadmin/user\\_upload/Gremien/Rat/Ueberarbeitete\\_Eckpunkte\\_Ukrainekrieg.pdf](https://www.attac.de/fileadmin/user_upload/Gremien/Rat/Ueberarbeitete_Eckpunkte_Ukrainekrieg.pdf) Inzwischen gibt es den Aufruf für ein Aktionswochenende vom 24. bis 26 Februar 2023

<https://stoppt-das-toeten.dfg-vk.de/> und der passt tatsächlich sehr weitgehend mit unserem

Ratsbeschluss zusammen, widerspricht ihm jedenfalls nicht. Und auch die Hinweise stimmen, dass wir intern einige Widersprüche haben, die manche Aussagen erschweren oder unmöglich machen.

Es liegt also nicht nur an der Bündiskonstellation für das Aktionswochenende, dass man sich manches klarer hätte vorstellen können.

Dennoch bleibt einiges auch aus meiner Sicht an dem vorliegenden Text und vor allem der Attac-Positionierung dazu und zum Krieg überhaupt höchst unbefriedigend.

- Nach einem Jahr zeigt sich in den konkreten Kriegsereignissen immer deutlicher, dass reine „Verteidigung“ militärisch nicht geht. Das hatten einige der am Bündnis Beteiligten von Anfang an gesagt, zum Beispiel Ohne Rüstung leben und der Bund für soziale Verteidigung; letzterer gehört konsequenterweise dann auch dem jetzigen Bündnis nicht an. Innerhalb von Attac haben ebenfalls einige von uns (darunter auch ich [https://www.werner-raetz.de/?page\\_id=48](https://www.werner-raetz.de/?page_id=48)) immer darauf hingewiesen, dass militärische Verteidigung unausweichlich an einen Punkt kommen wird, wo sie mehr zerstört, als es eine Kapitulation vor dem Unrecht getan hätte. Dass der Krieg auch lange genug dauert, damit dieser Punkt erreicht wird, dafür tut die Nato und auch die Bundesregierung alles in ihren Kräften stehende, ohne dass Attac oder viele andere das auch nur ansprechen. Andere haben damals argumentiert, dass zunächst das Recht auf Verteidigung, eben auch auf militärische Verteidigung, zu betonen sei. Es wäre aber nunmehr bei einer Jahresbilanz an der Zeit gewesen, zu gewichten, welches dieser Argumente heute das Geschehen zutreffender beschreibt. Das Beharren auf dem Rechtsstandpunkt, die Ukraine dürfe sich verteidigen, dürfe dies allein entscheiden und dürfe sich dafür Waffen beschaffen, ist formal gewiss richtig. Aber ist es auch klug und friedenspolitisch zu verantworten, den Krieg mit immer massiveren Mitteln immer länger zu führen beziehungsweise seitens Waffenlieferungen überhaupt erst möglich zu machen? Die Eskalationsdynamik ist jedenfalls massiv, ein Ende des Leidens, Tötens und Sterbens nicht absehbar.
- Demgegenüber hatten wir schon in unserem Ratsbeschluss eine Passage drin, die darauf hinweist, dass Alternativen zur rein militärischen Logik notwendig sind. Dafür gibt es inzwischen auch eine ganze Reihe von diskutierbaren Ansätzen, die zumindest zeigen, dass es hier nicht um ein Aufgaben vor dem Unrecht geht. Im Aufruf ist davon kaum etwas zu bemerken und schon gar nicht gibt es eine Aussage, die die böartigen Mainstreamkritik (z. B. „Lumpenpazifismus“, so Sascha Lobo im Spiegel und vielfach wiederholt) gegen diejenigen zurückweist, die sich nicht der rein militärischen Logik unterwerfen wollen. Ich spreche nicht von Positionen, die nur verständlich werden, wenn man annimmt, dass ihre Vertreter\*innen in Russland immer noch einen Rest von Sowjetunion sehen; da verbietet sich in der Tat eine positive Bezugnahme. Aber dass Pazifismus gerade mitten im Krieg eine Option sein muss, die für die Friedensbewegung möglich sein muss, das müssten auch diejenigen verteidigen, die im konkreten Fall Waffenlieferung an die Ukraine befürworten. Tun sie es nicht, muss man vermuten, sie seien ins Lager der Krieger übergelaufen, und auch da verböte sich ein positiver Bezug.
- Die Forderungen des Aufrufs sind sehr lapidar und extrem knapp formuliert. Ich kann mit

denen allen leben, finde sie so nicht falsch, man sieht aber deutlich, dass dahinter in den meisten Fällen Konflikte zwischen den Bündnisbeteiligten gesteckt haben, die mit nicht immer ganz sauberen Kompromissen überdeckt wurden. Das ist ein in Bündnissen übliches Verfahren, für die öffentliche Vermittelbarkeit aber ein Problem. Es eröffnet sich damit eine Palette an Interpretationsmöglichkeiten, die friedensbewegte Akteure in der Defensive lassen. Es wäre, denke ich, in der heutigen Situation dringend, die offensive Kriegsrhetorik vieler Akteure, auch der Bundesregierung, unter Rechtfertigungszwang zu bringen. Eine klarere Argumentation, was z. B. „diplomatische Initiativen“ sein sollten, wäre mehr als hilfreich. Auch Aussagen zu den oft wenig auf tatsächliche Kriegsbeendigung ausgerichteten Sanktionen wären angebracht ebenso wie dazu, wie eine Sanktionspolitik denn aussehen könnte, die auf die tatsächliche Machtbasis des russischen Regimes zielt und nicht umfassende Kollateralschäden verursacht. Insbesondere die Auswirkungen auf die allermeisten arm gemachten Länder des Südens werden systematisch übergangen.

- Für all das müsste man das Dilemma anerkennen, in das Friedensbewegte durch den russischen Angriffskrieg gestürzt werden. Man müsste sich eingestehen, dass es in diesem Konflikt immer wieder Situationen gibt, wo wir keine sicheren Antworten wissen. Stattdessen wird unter Berufung auf fragwürdige Konzepte wie das Völkerrecht (ich weiß, wir haben nichts Besseres in den internationalen Beziehungen, das ändert aber nichts daran, dass dieses Völkerrecht ein massiv vermachtetes und defizitäres Instrument ist) nach immer mehr Waffen gerufen und gemeinsame Aufstellung mit den Kriegstreiber\*innen genommen. Das ist keine Friedenspolitik.